

Fachbeiträge

Weiss, E.: „Kollateralfolgen“ im Jugendstrafrecht (Teil 2) – Zu den verkehrsrechtlichen Folgen eines jugendstrafrechtlichen Verfahrens (S. 172)

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine Fortsetzung des Beitrags aus Heft 2/2024, S. 101 ff. Im Fokus des hiesigen Beitrags stehen das Fahrverbot sowie die Entziehung der Fahrerlaubnis als verkehrsrechtliche Folgen eines jugendstrafrechtlichen Verfahrens. Es wird aufgezeigt, dass diese ebenfalls ein erheblich resozialisierungsfeindliches Potential aufweisen. Aufbauend auf dieser Erkenntnis wird untersucht, ob und falls ja, wie die Anwendung der einschlägigen Rechtsgrundlagen in Einklang mit der Zielvorgabe des § 2 Abs. 1 JGG gebracht werden kann.

Keywords: § 2 Abs. 1 JGG, Fahrverbot, Entziehung der Fahrerlaubnis

Folly, A.-S., Christoph, S. & Fleischmann, L.: Graffitiprävention – (k)ein Kampf gegen Windmühlen (S. 184)

Graffitiprävention erfordert Schnelligkeit, Konsequenz, Durchhaltevermögen und einen nicht unerheblichen Ressourceneinsatz. Haben Graffiti Einzug in das städtische Erscheinungsbild gefunden, wird man sie kaum wieder los. Der vorliegende Beitrag möchte diverse Präventionsmöglichkeiten sowie deren Potenziale und Grenzen überblicksartig darstellen.

Keywords: Graffiti, Prävention, Jugendkultur, täter*innenbezogene Prävention, situationsbezogene Prävention

Trenczek, T. & Schmoll, A.: Freiheitsentziehende Unterbringung in der Kinder- und Jugendhilfe – Rechtliche Voraussetzungen und sozialpädagogische Grenzen (S. 192)

Die Freiheitsentziehende Unterbringung i. R. d. Kinder- und Jugendhilfe ist hoch umstritten, die mitunter heftige Diskussion wird allerdings nicht selten ohne hinreichende Beachtung der Rechtsgrundlagen geführt. Der Beitrag erläutert die verfassungs-, sozial- und strafrechtlichen Regelungen der freiheitsentziehenden Unterbringung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und geht in diesem Zusammenhang auf einige wesentliche Aspekte der sozialpädagogischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion ein. Gerade in dieser sehr umstrittenen Frage zeigt sich ganz besonders die enge Verknüpfung von rechtlichen und außerrechtlichen Aspekten und die Notwendigkeit zum inter- bzw. transdisziplinären Denken. Weder können die Rechtsanwender*innen das Gesetz ohne Bezug zu den außerrechtlichen (insb. kriminologischen, sozialwissenschaftlichen/-pädagogischen) Erkenntnissen korrekt anwenden, noch kann die (Sozial-)Pädagogik im Rechtsstaat losgelöst von gesetzlichen Grundlagen agieren.

Keywords: Freiheitsentziehende Unterbringung, Freiheitsentzug Rechtsgrundlagen, Jugendhilfe, Jugendstrafrecht, Zwangskontext, Recht und Soziale Arbeit

Stang, P., Greßmann, R. & Rheiner, J.: Psychotherapeutische Perspektiven auf Geschlechtervielfalt (S. 205)

Der gegenwärtige Paradigmenwechsel vom binären Geschlechterverständnis hin zum geschlechtlichen Spektrum, d. h. zu Geschlechtervielfalt, erfordert von unterschiedlichsten Professionellen eine aufgeschlossene Einstellung, Diversitätskompetenz, Ambiguitätstoleranz sowie bedingungslose Wertschätzung, gepaart mit einer Auseinandersetzung mit dem aktuellen Forschungsstand. Dieses zeitgemäße Thema gewinnt zunehmend an Relevanz, auch für die Bereiche der Sozialen Arbeit, Psychologie und Psychotherapie, Justiz, Jugendstrafvollzug und Polizei, und hat erhebliche Implikationen, sowohl für die Praxis als auch die Forschung. Auf gesellschaftlicher Ebene sind Veränderungen im Gange, darunter die Abschaffung des Transsexuellengesetzes (TSG), die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes, richtungsweisende Gerichtsurteile zur Kostenübernahme geschlechtsangleichender Maßnahmen sowie die Notwendigkeit der Erarbeitung einer neuen MDS-Begutachtungsanleitung. Dies unterstreicht auch die Dringlichkeit, sich aktiv mit den sich wandelnden gesellschaftlichen Normen und rechtlichen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen, um eine adäquate und zeitgemäße (Gesundheits-)Versorgung im Kontext von (Geschlechter-)Diversität zu gewährleisten. Hierzu gibt der vorliegende Beitrag eine grundlegende Einführung aus psychotherapeutischer Perspektive, die sowohl Aufklärung leistet als auch für das Thema der geschlechtlichen Vielfalt sensibilisieren möchte. Die Verfasserinnen laden Lesende dazu ein, den Transfer des Inhalts in ihr Praxisfeld zu reflektieren.

Keywords: Transidentität, Selbstbestimmungsgesetz, Professionalität, Geschlechtervielfalt, Paradigmenwechsel

Riekenbrauk, K.: Heranziehung von Daten aus Akten des Allgemeinen Sozialen Dienstes durch die Jugendhilfe im Strafverfahren (S. 212)

Stellungnahme zu dem Rechtsgutachten des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF) vom 29.11.2021

Der vorliegende Beitrag nimmt Stellung zu einem Gutachten des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht zum Datenaustausch zwischen JuHiS und ASD. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage danach, ob unterschiedliche Sachgebiete innerhalb des Jugendamts unterschiedliche datenschutzrechtlich „Verantwortliche“ sind. Es wird begründet, dass der funktionale Stellenbegriff des § 67 Abs. 4 SGB X sich nicht auf das gesamte Jugendamt, sondern auf die einzelnen Sachgebiete bezieht.

Keywords: Datenübermittlung im Jugendamt, funktionaler Stellenbegriff, JuHiS, ASD

Forum Praxis

Höppner, C., Lukas, T., Manevich, A., Scheeres, A. & Tabti, S.: Der Islamismus, eine Spielart des Extremismus – Radikalisierungsprozesse wahrnehmen und Hilfsangebote kennen (S. 217)

In diesem Beitrag wird sich mit der Erscheinung islamistischer Radikalisierung sowie den ihr zugrunde liegenden Prozessen beschäftigt und greift dabei auf Erkenntnisse aus der eigenen Arbeit in der Beratungsstelle „Radikalisierung“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Wissenschaft zurück. Der Beitrag richtet sich insbesondere an Fachkräfte aus der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik sowie an die breite Gruppe der Praktiker*innen sozialer Berufe. In ihrer besonderen Rolle begegnen sie oft den Verhaltensweisen, die der Hinwendung zu gewaltbereiten Ideologien zeitlich vorausgehen, und verfügen deshalb über besondere Potenziale für die Früherkennung und Intervention.

Keywords: Islamismus, Prävention, Extremismus, Radikalisierung, Beratungs- und Hilfsangebote

Entscheidungen zum Jugendrecht

BGH – Urteil vom 04.06.2024 – 5 StR 205/23 (alt: 5 StR 115/21)

Jugendstrafe wegen Schwere der Schuld bei fehlender Erziehungsbedürftigkeit oder -fähigkeit (S. 227)

Pieplow, L.: Es ist angerichtet: Erziehungsgedanke und Jugendstrafe wegen Schwere der Schuld (S. 232)

Anmerkung zur Revisionshauptverhandlung und dem Urteil des BGH vom 04.06.24 – 5 StR 205/23

Dokumentationen

Struck, N.: Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – 3 Jahre nach seinem Inkrafttreten – Ausblick auf die nächste Novellierung (S. 236)

Nachrichten und Mitteilungen (S. 239)

Gesetzgebungsübersicht (S. 242)

DVJJ-Veranstaltungen (S. 251)

Aktuelles aus der DVJJ (S. 252)

Kontaktadressen (S. 255)

Impressum (S. 256)